

## ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

### *Geht alle Macht vom Volke aus?*

Unter diesem Titel hat Prof. Dr. Dr. *Ossip K. Flechtheim*, Ordinarius für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin, eine grundlegende Untersuchung über „Die Demontage der Demokratie in Westdeutschland 1949—1964“ veröffentlicht (*Spandauer Volksblatt* Nr. 5554). Wir wollen einige Abschnitte aus dieser umfangreichen Arbeit zitieren:

„Deutschland hat mit seinen demokratischen Verfassungen wenig Glück gehabt. Die erste von 1849 trat überhaupt nicht in Kraft, die zweite von 1919 wurde schon nach dreizehnjähriger Lebensdauer vernichtet, die dritte von 1949 mag zwar nicht von einer galoppierenden Schwindsucht befallen sein — dafür scheint sie in unseren Tagen einer langsamen Auszehrung zu erliegen. Was von ihrem demokratischen Gehalt noch existiert, dürfte die ‚Ergänzung‘ durch die verschiedenen *Notstandsgesetze* kaum überleben.“

Flechtheim, skizziert dann die Grundzüge der geschriebenen Verfassung, die aber nach seiner Ansicht „keineswegs die gesamte politische Realität der Bundesrepublik erfaßt“ und fährt danach fort:

„Wenn etwa das Grundgesetz vom *Bundestag* mit all seiner Macht und Herrlichkeit, mit all seinen Rechten und Kompetenzen spricht, so ändert das nichts daran, daß dieser Bundestag längst aufgehört hat, spontan aus sich selber heraus auf Grund von Diskussionen im Plenum, in deren Verlauf man sich gegenseitig überzeugt, bestimmte Maßnahmen und Gesetze zu beschließen. Wie die meisten Parlamente der Welt ist heute der Bundestag meist nur ein Forum, auf dem gewisse Vorgänge dramatisiert, wo gewisse Beschlüsse verkündet werden, die bereits anderswo hinter den Kulissen beraten und ausgehandelt worden sind. Ähnlich ist der einzelne Abgeordnete, der, wie es in Art. 38 so schön heißt, bloß seinem Gewissen unterworfen ist, oft den Vorständen der Fraktionen oder auch diesen selber gegenüber machtlos. Hinter verschlossenen Türen behandeln und entscheiden sie die Dinge.

Das parlamentarische Regierungssystem sichert heute vor allem die Präponderanz und Stabilität der Exekutive zu Lasten der Legislative. Diese ist sogar in Gefahr, ihrer Urrechte (Budgetrecht, Gesetzgebungsinitiative, Kontrolle der Regierung und Verwaltung) verlustig zu gehen — zugunsten der Exekutive, aber auch der mächtigsten Pressionsgruppen, die die Parteien und Fraktionen ‚unterwandern‘, die Parlamentsausschüsse immer wieder mit ihren Vertrauensleuten besetzen und direkt die Regierungschefs, Minister und Bürokraten unter Druck zu setzen suchen. Dem Wähler

bleibt so nur das Recht, jede vier Jahre einmal in einer Art Plebiszit, zu dem die Wahlen immer mehr werden, den Regierungschef und seine ‚Mannschaft‘ zu bestimmen. In dieses Bild des deutschen Spätparlamentarismus gehören die drohende Abdankung des einzelnen Parlamentariers dieses Plenums — aber auch das Parlament ohne wirkungsvolle Opposition.

Die Stärkung der Exekutive ist nicht identisch mit einer Stärkung des Kabinetts. Oft verlagert sich die Macht noch weiter — zu der von den Ministern abgeschirmten Ministerialbürokratie und den mit dieser zusammenwirkenden Interessengruppen.“

Flechtheim führt dann aus, daß ähnliche Entwicklungen international zu beobachten seien, z. B. auch in den USA; aber mit Recht hebt er hervor, daß diese Tendenzen in Deutschland besondere Gefahren mit sich bringen:

„Im Gegensatz zur USA hat die Bürokratie in Deutschland — wie ja die Nation überhaupt! — nur sehr schwache demokratische Traditionen. Inzwischen hat die Restauration und Renazifizierung insbesondere in der Ministerialbürokratie, in der Polizei einschließlich des Verfassungsschutzes' und in der Justiz wahre Triumphe gefeiert. Hierfür nur einige wenige Beispiele, die vielleicht nicht einmal die extremsten sind: Von den 48 Richtern des Bundesverwaltungsgerichts sind 40 Mitglieder der NSDAP gewesen. Die Personalreferate (ebenso wie die mit Beamtenrechten befaßte Abteilung des Bundesinnenministeriums) sind fast ausschließlich mit ehemaligen PG besetzt. In Aachen, Bonn, Mönchengladbach, Köln, Krefeld, Düsseldorf, Essen, Dortmund und Gelsenkirchen sind die Leiter der Kripo durchweg ehemalige SS-Sturmabführer. Der Kriminaldirektor in Nordrhein-Westfalen ist ebenfalls früherer SS-Sturmabführer.“

Nach Aufzählung weiterer Beispiele spricht Flechtheim über die Parteien-Entwicklung:

„Die Parteien-Entwicklung steht seit 1945 in Westdeutschland — ähnlich wie der ganze Lebenszuschnitt — im Zeichen einer weitreichenden ‚Amerikanisierung‘. Das Gesicht der Parteien wandelt sich dabei vor allem in dreifacher Hinsicht: 1. Die Zahl der Parteien geht zurück — einige wenige typische Monoparteien beherrschen das politische Leben. 2. Diese Großparteien ‚institutionalisieren‘ sich — sie werden immer mehr zu Quasi-Staatsparteien. 3. Die progressiven und dynamischen Kräfte und Elemente im Parteiensystem werden schwächer und sind in Gefahr, ganz zu verschwinden.“

Flechtheim schildert dann die Kräfte „vom Bundesverband der Deutschen Industrie bis zur Katholischen Kirche“, die der CDU mit Mitteln aller Art geholfen haben und helfen, ihre Machtposition systematisch auszubauen. Er schildert weiter die Gefahren, die mit der „Institutionalisierung der beiden entscheidenden

Parteitypen“ verbunden sind: „Die Parteien suchen sich den Staat für sich und ihre Anhänger zunutze zu machen — er soll ihren ideellen und materiellen Interessen dienen. So wird er, ohne aufzuhören, Klassenstaat zu sein, zugleich zum Massen- und Parteienstaat. Wird aber der Staat zum Objekt der Parteien, so werden zugleich die Parteien zunehmend zu Objekten des Staates — zu Staatsparteien.“

Nach einer weiteren genauen Schilderung dieser bedenklichen Entwicklung sagt Prof. Flechtheim abschließend:

„1949 hatte das Grundgesetz zumindest die Grundrechte des Bürgers zu zementieren versucht. Der erste entscheidende Einbruch in die Freiheitssphäre erfolgte 1956 mit der Wiederaufrüstung — seitdem hat sich der Akzent immer stärker *vom Sozialstaat auf den Rüstungsstaat* verlagert. Und die Kriegsvorbereitung bedroht nun auch den Kern der Freiheits- und Grundrechte. Insofern ist die *Spiegel-Affäre* alles andere als ein Zwischenfall — sie ist ein Symbol für den Versuch, einen ‚autoritären Besitzverteidigungsstaat‘ zu errichten, der zugleich Militärstaat ist. Die unmittelbar bevorstehende *Notstandsgesetzgebung* würde voraussichtlich die Demontage der Demokratie vollenden.“

Während sich in England der Staat in den Formen der Monarchie mit demokratischem Gehalt erfüllt hat, füllt sich in Westdeutschland die demokratische Staatsform mit autokratischem Inhalt — da die Machthaber die Autorität zu sehr lieben und die Massen noch nicht zur Demokratie mündig geworden sind. Es bleibt so nur die Hoffnung, daß die weltpolitische Entspannung und der Sieg der demokratischen Kräfte im Ausland schließlich auch den fortschrittlichen Kreisen in Deutschland neuen Auftrieb geben werden.“

#### *Erfreuliche Sachlichkeit*

Unter diesem Titel würdigt der *Tages-Anzeiger* (Zürich), die große demokratische Zeitung der Schweiz, in der Ausgabe vom 9. Oktober 1964 die in der Bundesrepublik von gewissen Stellen angegriffene jüngste Rundfunksendung über Polen; es ist für uns gewiß nicht uninteressant, zu lesen, wie diese Sendung in unserem demokratischen Nachbarland beurteilt wurde:

„Man durfte auf die Sendung des *Hessischen Rundfunks* »Deutschlands Osten — Polens Westen?« gespannt sein. Eine Gruppe von westdeutschen Reportern hatte das ehemals deutsche Gebiet jenseits der Oder und Neiße besucht. Wie sehen Deutsche heute ihr früheres Ostgebiet. Wie sollte das Fragezeichen in »Polens Westen?« gedeutet werden? Der Fernsehansager jedenfalls sprach betont von den »deutschen unter polnischer Verwaltung stehenden Ostgebieten«.

Man mußte sich daher auf verhüllte politische Propaganda gefaßt machen. Statt dessen

erlebte man eine Sendung, die durch ihre Vielseitigkeit und Sachlichkeit bestach. Die Untersuchung wurde aber auch von einem der besten Kenner Polens geleitet: von *Hansjakob Stehle*, der während fast fünf Jahren als Auslandskorrespondent für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* in Warschau lebte und ein ebenso kluges wie informatives Buch »Nachbar Polen« schrieb.

Jene Wendung von den »deutschen unter polnischer Verwaltung stehenden Ostgebieten« vermied Stehle. Hingegen sprach er von Polen als dem Land, das nach Westen verschoben wurde (nach dem Krieg hatte es *seine* Ostgebiete an Rußland abtreten müssen). Der angeblichen Vorläufigkeit der westlichen Grenze widerspreche die massive, völkerrechtlich geduldete Umsiedlung von Menschen. Stehle sprach vom Krieg der Deutschen, der Fremdes gewinnen sollte, aber Eigenes verlor. Heute müsse man den Blick auf die Realitäten lenken, auch wenn diese schmerzlich seien. Die Einwohner aus Polens Westen könnten nicht mehr mit Gewalt vertrieben werden.

Die Einwohner aus Polens Westen! Auf ihnen ruhte die Kamera: auf Bauern, Arbeitern, Studenten, Kindern. Ein Landwirt aus einem kleinen Dorf nahe der Grenze bekannte, hier noch der einzige Deutsche zu sein; er sprach ein gebrochenes Deutsch, er war schon beinahe ein Pole. Eindrücklich der Blick auf das Geburtshaus Gerhart Hauptmanns in Salzbrunn in Schlesien. Heute ist ein staatliches Kinderheim darin untergebracht, aber Zeichen der Achtung und Erinnerung an den großen Dichter des Naturalismus sind erhalten. Und das dürfte symbolisch für das ganze polnische Westgebiet sein: Treue zu dem, was war (Wiederaufbau historischer Stätten und ganzer Stadtgebiete), und gleichzeitig weitgehende Durchdringung mit dem eigenen Wesen.

Die Kamera tastete ab: Gleiwitz im Süden; Schlesien mit Görlitz, Breslau und Grünberg; die Landschaft der Masurischen Seen; Stettin, Kolberg, Köslin im Norden; die ehemalige Freistadt Danzig, wo der Krieg ausgebrochen war. Alle diese Ortschaften tragen heute polnische Namen und gleichen den Ortschaften im übrigen Land; denn auch dort findet sich Historisches und Modernes, Prunkvolles und Verfallenes dicht nebeneinander. Polens Westgebiete haben einen niedrigeren Lebensstandard als Deutschland, zumal Westdeutschland, aber einen ebenso hohen wie das übrige Polen. Und nicht Deutschland darf Maßstab sein, sondern eben Polen — das Land Europas, das am meisten unter dem Krieg gelitten hat.“

#### *Hinweise*

In den *Mitteilungen für Funktionäre* (Nr. 9), die vom Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Druck und Papier in Stuttgart herausgegeben werden, findet sich eine sehr gründliche Untersuchung über das Verhältnis der „Moralischen Aufrüstung“ (Caux) zu den Gewerkschaften; diese genau dokumentierte Arbeit verdient Beachtung.

*Offene Welt* (Westdeutscher Verlag) widmet ihre neueste Ausgabe (Nr. 85) dem Thema West-Sizilien und würdigt in einer Reihe von Aufsätzen die Feldforschung und Entwicklungsarbeit des Centro Studi e Iniative per la Piena Occupazione in Partinico. Das Heft enthält ferner eine gründliche Untersuchung der Regionalplanung in Spanien von Dr. *Wolf Donner*, der als ständiger Mitarbeiter des Forschungsinstituts für Wirtschaftsfragen der Entwicklungsländer e. V., Bonn, die Möglichkeit zu ausgedehnten Studien in Spanien hatte.

*W.F.*